
Mainz, 21. März 2021

Pressemitteilung

Zum Internationalen Tag gegen Rassismus: Die Überwindung von Rassismus ist Aufgabe von Politik und Gesellschaft - Sie kann nicht den Betroffenen auferlegt werden!

Rassismus braucht Vorurteile und Rassismus braucht die Macht, diese Vorurteile in der Sprache, im Alltag, in den Strukturen und in Gesetzen zu verankern. Rassismus zu überwinden ist deshalb nichts, was den Betroffenen auferlegt werden kann. Der Blick auf die Lage der Menschen in den sogenannten „Hotspots“ der Europäischen Union oder auf der Balkan-Route zeigt das exemplarisch: Sie haben die Folgen einer politisch gewollten und rassistisch motivierten Ausgrenzungspolitik zu tragen, der sie alleine nicht entgegenreten können.

Die Überwindung von Rassismus ist eine menschenrechtlich gebotene gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dass es die Beharrlichkeit und Hartnäckigkeit ihrer Familien, Angehörigen und Freund*innen brauchte, um vor einem Monat bundesweit der Opfer der rassistischen Morde von Hanau zu gedenken, ist beschämend. Das Engagement und die Wehrhaftigkeit von Betroffenen sind nicht mehr, aber auch nicht weniger als wertvolle Angebote, die angenommen und aufgegriffen werden müssen. Sie können und dürfen im Kampf gegen Rassismus niemanden entpflichten.

Konkrete Forderungen richten sich deshalb kurz nach den Landtagswahlen und kurz vor den nächsten Bundestagswahlen besonders an politisch Verantwortliche in Rheinland-Pfalz:

- Schaffung von sicheren und legalen Zugangswegen für Schutzsuchende an den Rändern und vor der Toren der Europäischen Union durch Landesaufnahme!
- Ausweitung des rechtlichen Schutzes vor rassistischer Diskriminierung durch ein Landesantidiskriminierungsgesetz!
- Streichung des Rassismus fördernden Begriffs der „Rasse“ aus der Landesverfassung und seine Ersetzung durch Begriffe, die den Schutz vor rassistischer Diskriminierung garantieren!
- Dauerhafte Unterstützung von Selbstorganisationen und zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen Rassismus im Rahmen des Landesaktionsplans gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sowie darüber hinaus!
- Beauftragung von Selbstorganisationen und zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen Rassismus zur Erstellung eines regelmäßigen und umfassenden „Lageberichts Rassismus in Rheinland-Pfalz“ im Abstand von jeweils zwei Jahren. Der Bericht soll auf der Basis der Befunde konkrete Handlungsempfehlungen entwickeln und im Landtag beraten werden.

Das alleine wird aber nicht ausreichen. Wenn Rassismus tatsächlich überwunden werden soll, muss auch kritisch darauf geschaut werden, wer in dieser Gesellschaft derzeit sprechen, gestalten und entscheiden darf und wer nicht: Im Betrieb über Stellenbesetzungen; in Wohnungsbaugesellschaften über die Vergabe von Wohnungen; in den Medien über Themen, Sendeformate und die Besetzung

von Podien; in der Schule über Bildungsprognosen und Schulempfehlungen; in der Polizei darüber, wer anlasslos kontrolliert oder wie bei einer Straftat ermittelt wird. Das sind nur selten diejenigen, die Rassismus erfahren. Und das kann nicht so bleiben!

Wenn Rassismus tatsächlich überwunden werden soll, müssen diejenigen, die Rassismus erfahren, alle Bereiche der Gesellschaft gleichberechtigt mitgestalten können: Sie müssen anwesend sein und sprechen dürfen, sie müssen gehört werden, sie müssen handeln, gestalten und entscheiden dürfen. Nur so kann verhindert werden, dass sich der in Strukturen verankerte Rassismus immer wieder reproduziert.

Von Rassismus betroffene Personen und ihre Organisationen müssen deshalb Sitz und Stimme in Rundfunkbeiräten, Verwaltungsbeiräten und anderen gestaltenden Gremien bekommen. Und die von Rassismus Betroffenen müssen als Einwohner*innen dieses Landes endlich und unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft das Recht haben, gleichberechtigt an Wahlen in den Kommunen, im Land und im Bund teilzunehmen.

gez. Torsten Jäger, Geschäftsführer